

Aktuelles aus dem Verein

Albrecht Bill

Nach dem ereignisreichen Jahr 2008, das geprägt war von der räumlichen Erweiterung und dem Umzug der Abteilung Sozialpädagogische Hilfen in die Burgfriedenstraße, standen 2009 die internen Vereinsverhältnisse mehr im Vordergrund.

Ausgelöst durch Anforderungen des Bundesfinanzministeriums unterzogen wir die Vereinssatzung einer genauen Prüfung und passten sie (vorsichtshalber) den strengeren Vorgaben an. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung beschloss die Veränderungen, die inzwischen vom Registergericht eingetragen wurden. In diesem Prozess wurden wir von der Justitiarin des DPWV, Frau Roth, sachkundig beraten, wofür wir uns auch an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken.

In beiden Abteilungen kam es zu inhaltlichen Veränderungen der Arbeit:

Die EB konnte (ohne schlechtes Gewissen) ihre Mitarbeit am Präventionsprojekt „Hören-Lauschen-Lernen“ zur Verbesserung der phonologischen Bewusstheit bei Vorschulkindern einschränken, da die Kindertageseinrichtungen die Durchführung des Programms für dringend notwendig erachten und dies künftig weitgehend selbständig übernehmen. Die frei gewordene Kapazität in der EB kam dem Projekt „Offene Sprechstunde in Kindertagesstätten“ und dem Engagement in der Online-Beratung zugute.

Bei den Sozialpädagogischen Hilfen begann ein Konzentrationsprozess: Die Lerngruppen an der Kerschensteiner- und der Ebelfeldschule konnten an andere Träger abgegeben werden. Die Lerngruppe und die Offene Hausaufgabengruppe an der Michael-Ende-Schule werden künftig weitgehend von Fachkräften statt von Studierenden betreut, womit wir einer Anforderung des hierfür zuständigen Stadtschulamtes entsprechen. In der gegenwärtig starken Nachfrage der Sozialrathäuser nach ambulanten Hilfen spiegelt sich m. E. eine bedenkliche gesellschaftliche Entwicklung wider. Näheres zu diesen Entwicklungen findet sich in den Berichten der Abteilungen.

Mit einer Besorgnis erregenden Entscheidung der politischen Gremien sehen wir uns in finanzieller Hinsicht konfrontiert: Die Stadt Frankfurt zahlt zwar als tarifgebundener Arbeitgeber ihren Bediensteten die vereinbarten Gehaltserhöhungen; bei den Beratungsstellen in freier Trägerschaft, die sich überwiegend über städtische Zuschüsse finanzieren, berücksichtigt sie diese Kostensteigerung im Verlauf des Doppelhaushaltsjahres 2010 / 2011 aber nicht. Für einen kleinen Trägerverein wie den unseren kann eine solche Unterfinanzierung rasch bedrohlich werden, da wir über keine Einsparmöglichkeiten verfügen.